

Dr. Diether Dehm

Mitglied des Deutschen Bundestages Europapolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. Mittelstandspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Dr. Diether Dehm, MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Attac Deutschland Münchener Straße 48 60329 Frankfurt/Main

Berlin

Platz der Republik 1 11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus Raum 2.809 T: (030) 227 73 085

F: (030) 227 76 087 diether.dehm@bundestag.de

Bürgerbüro Gökerstraße 73 26384 Wilhelmshaven diether.dehm@wk2.bundestag.dev

2 2. NOV. ZU13

Erl.:

Berlin, 20. November 2013

Sehr geehrte Mitglieder von Attac,

vielen Dank für Euer Schreiben vom 08. November zum Thema TTIP. Inhaltlich brauchen wir uns – wie ich denke – gar nicht lang darüber auszubreiten, wie kritikwürdig und besorgniserregend dieses Vorhaben ist. Dahingehend besteht volle Einigkeit zwischen Eurer Einschätzung und der Haltung der Partei DIE LINKE.

Viel wichtiger erscheint mir die Frage, welche Interventions-, Auskunfts- und daran anknüpfend – Handlungsmöglichkeiten gegen dieses Vorhaben inner- und außerhalb des Parlaments bestehen. Denn nicht umsonst haben die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union der EU-Kommission ein weitreichendes Mandat für diese Verhandlungen erteilt: damit erreichen sie nach ihrem eigenen Verständnis zunächst einmal, dass im Falle Deutschlands Unterrichtungs- und Informationsverpflichtungen auf Grundlage des EUZBBG¹ gegenüber dem Deutschen Bundestag ins Leere laufen.

Nun hat mein Fraktions- und Ausschusskollege Alexander Ulrich als Antwort auf eine schriftliche Frage an die Bundesregierung zwar immerhin die Auskunft erhalten, dass das TTIP ein gemischtes Abkommen sein soll – d.h. nicht nur das EU-Parlament,

¹ Das "Gesetz über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union" (EUZBBG) verpflichtet die Bundesregierung, dem Bundestag umfassend und zum frühestmöglichen Zeitpunkt alle Kommissionsvorschläge für EU-Verordnungen und Richtlinien, Berichte, Mitteilungen, Grün- und Weißbücher sowie Vorschläge für Beschlüsse des Rates zuzuleiten und über die Planungen und Beratungen dieser Entwürfe auf europäischer Ebene zu informieren.

sondern auch die nationalstaatlichen Parlamente müssen das Abkommen ratifizieren – allerdings scheint die Konstruktion ja darauf hinauszulaufen, dass der Deutsche Bundestag lediglich den finalen Abkommenstext abnicken soll, nicht aber im Vorfeld und während der laufenden Verhandlungen Stellungnahmen abgeben und Einfluss nehmen kann.

So stellte denn auch Lori Wallach in dem Euch mit Sicherheit bekannten Artikel vom 08. November 2013 in der Le Monde diplomatique fest: "Die Verhandlungen über das TTIP-Tafta-Projekt finden hinter verschlossenen Türen statt. Damit wird gewährleistet, dass jenseits des geschlossenen Zirkels der "Handelspolitiker" niemand beizeiten mitbekommt, was tatsächlich auf dem Spiel steht.(1) Andererseits haben 600 offizielle Berater der Großkonzerne privilegierten Zugang zu den Dokumenten und zu den Entscheidungsträgern. Textentwürfe werden nicht veröffentlicht, die Öffentlichkeit und die Presse werden außen vor gelassen, bis der endgültige Deal unter Dach und Fach ist."

Das ist in einem demokratisch (sic!) verfassten Staat natürlich nicht hinnehmbar und kaum mit dem EUZBBG vereinbar. Um diese rechtlich unklare Situation bzgl. der Möglichkeit von Informations- und Unterrichtungsverpflichtungen gegenüber dem Deutschen Bundestag klären zu lassen, habe ich den Wissenschaftlichen Dienst des Deutschen Bundestages mit einem Gutachten beauftragt, welches zunächst einmal klären soll, wie und auf welcher Grundlage das Parlament während den noch laufenden Verhandlungen an Informationen gelangen kann. Sobald dieses Gutachten da ist. werde ich Euch über unsere parlamentarischen Handlungsmöglichkeiten informieren und auf deren Grundlage sollte es uns dann gemeinsam darum gehen, sowohl inner- als auch außerparlamentarisch aktiv zu werden und entsprechenden Einfluss gegen dieses Wahnsinnsprojekt zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Diether Dehm